

**Ordentlicher Unterbezirksparteitag
Samstag, 11. April 2026**

Beschlusspaket

Ordentlicher Parteitag Unterbezirk Stadt Bremen

11. April 2026, Congress Centrum Bremen

Beschlussübersicht

A01 Heute in Sprache und Arbeitsmarktintegration investieren, damit Bremen auch morgen stark und solidarisch bleibt!

Antragstellung: Unterbezirksvorstand

A02 Werftenstandort Bremen sichern – Ausbildungsstandort zum Konstruktionsmechaniker/-in Schiffbau schaffen

Antragstellung: Unterbezirksvorstand

A03 Bildungscampus im Kämmerei-Quartier Blumenthal – Schlüsselprojekt für Bildung, Arbeit und Stadtentwicklung im Bremer Norden

Antragstellung: Unterbezirksvorstand, Stadtbezirk Nord

A04 Einstieg in eine programmatische Diskussion über die Entwicklung einer solidarischen Altersversicherung

Antragstellung: Unterbezirksvorstand, AG60plus

A05 Rentenreform geschlechtergerecht umsetzen – Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen

Antragstellung: Unterbezirksvorstand, AG SPD Frauen

A06 Nachfolgelösung nach einer Schließung des Klinikums Links der Weser

Antragstellung: Unterbezirksvorstand

A07 Bezahlbaren Wohnraum auf dem Rennbahngelände schaffen – soziale, ökologische und städtebauliche Entwicklung zusammen denken

Antragsstellung: Unterbezirksvorstand, OV Arbergen/Mahndorf, OV

Hastedt, OV Hemelingen/Sebaldsbrück, OV Neue Vahr, OV Gartenstadt-Vahr

A08 Sport auf dem ehemaligen Rennbahngelände in Sebaldsbrück

Antragsstellung: Unterbezirksvorstand, OV Arbergen/Mahndorf, OV Hastedt, OV Hemelingen/Sebaldsbrück, OV Neue Vahr, OV Gartenstadt-Vahr

A09 CCS als Zukunftsstrategie – Häfen sichern, gute Arbeit schaffen, Klima schützen

Antragstellung: OV Oberneuland

A10 Gewässer als Wärmequelle nutzen – Großwärmepumpen für die Bremer Wärmewende erschließen

Antragstellung: OV Oberneuland

A11 Deichsicherheit gewährleisten, Hochwasserschutz stärken - Nutzung von Nachtzieltechnik bei der Jagd ermöglichen

Antragstellung: OV Oberneuland

A12 Freie Wohlfahrtspflege bei der Klimatransformation gezielt stärken

Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord

A13 Energie vom Acker: Agrothermie als Baustein für die Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord

A14 Versorgungssicherheit stärken: Energiesparen und intelligente Beleuchtung konsequent umsetzen

Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord

A15 Mehr Schatten für Kinder und Jugendliche- Klimagerechte Kita- und Schulkhöfe sowie Spielplätze als sozialdemokratische Infrastrukturpolitik

Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord

A16 Ernährung als Daseinsvorsorge stärken: Regionalen und saisonalen Anbau ausbauen

Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord

- A17 Ernährungssicherheit stärken: Kleingärten als Teil kommunaler Krisenvorsorge sichern**
Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord
- A18 Gute Ernährung für alle sichern: Regionales Qualitätssiegel Bremen–Niedersachsen einführen**
Antragstellung: OV Oberneuland & OV Schwachhausen-Nord
- A19 Erhalt und Sicherung des hanseWasser-Hallenbades - Wasserzeiten für Schul- und Vereinssport**
Antragstellung: OV Schwachhausen-Nord & OV Oberneuland
- A20 Den Verkehr mit Elektrokleinstfahrzeugen („E-Scooter“) in geordnete Bahnen lenken**
Antragstellung: AK Stadtentwicklung & Verkehr
- A21 Parken in Quartieren erleichtern - Stellplatzpflicht für Wohnmobile einführen**
Antragstellung: AK Stadtentwicklung & Verkehr
- A22 Tempo 30 für Mensch und Umwelt**
Antragstellung: AK Stadtentwicklung & Verkehr
- A23 Barrierefreie Teilhabe sicherstellen – Fehlende Behindertentoiletten umgehend beheben**
Antragstellung: AG Selbst Aktiv Land Bremen
- A24 AI-Watch in der BSAG**
Antragstellung: AG Queer Land Bremen
- A25 Queersensible Polizeiarbeit stärken – Vollzeitstelle der Queerbeauftragten der Bremer Polizei sichern und geschützte Anzeigenaufnahme ausbauen**
Antragstellung: AG Queer Land Bremen
- A26 Einhaltung des Aufnahmeversprechens gegenüber Ortskräften aus Afghanistan**

Antragstellung: OV Schwachhausen-West

A27 Die Weichen für die Zukunft stellen – Trennung von Parteivorsitz und Regierungsämtern

Antragstellung: OV Altstadt-Mitte, Unterbezirksvorstand

A28 Das Tor zur Stadt neugestalten: Ein Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) für die Bahnhofsvorstadt

Antragstellung: OV Altstadt-Mitte

A29 Mit uns zieht die neue Zeit: Für eine attraktive Lloyd Passage nach Abriss- und Bauphase in der Bremer Innenstadt

Antragstellung: OV Horn-Achterdiek

A31 Ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit hausärztlichem Schwerpunkt an das Klinikum Bremen-Nord!

Antragstellung: OV Vegesack & Stadtbezirk Nord

A32 Fähre und Neue Strandlust per ÖPNV erschließen!

Antragstellung: OV Vegesack & Stadtbezirk Nord

A33 Aufstellung einer orangenen Bank gegen Gewalt an Frauen im Stadtteil

Antragstellung: AG SPD Frauen

A34 Mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr- Lade- und Notfallmöglichkeiten an Haltestellen schaffen

Antragsstellung: AG SPD Frauen

A35 Filiale der Stadtbibliothek in Kattenturm

Antragstellung: OV Kattenturm/ Kattenesch

A36 Neuen Herausforderungen im Zivilschutz auf der linken Weserseite kreativ begegnen

Antragstellung: OV Kattenturm/ Kattenesch

A38 Anbringung von Notfallschildern an städtischen Sitzbänken

Antragstellung: OV Habenhausen-Arsten

A39 Verbesserung ÖPNV im Ortsverein Bremen Burglesum

Antragstellung : OV Burglesum

A40 Altes Ordnungsamt in Lesum im neuen Glanz

Antragstellung: OV Burglesum

I01 Supermarkt, Tankstelle, Zug nach Sylt – Krisenentlastung kann so einfach sein!

Antragstellung: AG Jusos

I02 Kinder- und Jugendarbeit ist Teamarbeit: Für eine ressortübergreifende Finanzierung von Farmen

Antragstellung: OV Huchting-Grolland

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

A30 Spielkreise retten – Strukturen stärken: Zentralisierung über KiTa-Einstiegshäuser jetzt konsequent umsetzen

Antragstellung: Stadtbezirk Nord

A41 Verbesserung der Bremerhavener Heerstr. in Burglesum

Antragstellung: OV Burglesum

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A01
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Heute in Sprache und Arbeitsmarktintegration investieren, damit Bremen auch morgen stark und solidarisch bleibt!

- 5 Der Erwerb der deutschen Sprache und grundlegende Kenntnisse über Gesellschaft, Rechtsordnung und Alltagsleben sind eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration, insbesondere für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Integrationskurse und Berufssprachkurse verbessern nachweislich die Chancen auf Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche und fördern gesellschaftliche Teilhabe. Auch wenn nicht alle Kursteilnehmenden das angestrebte Sprachniveau (in der Regel B1) erreichen, führt der Kursbesuch insgesamt zu einem deutlich besseren Sprachverständnis, mehr Orientierung im Alltag und zu besseren Integrationsperspektiven. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte bringen Kompetenzen und Fähigkeiten mit, die sie im Bremer Berufsalltag einbringen und weiterentwickeln möchten. Vielfach scheitern sie an unübersichtlichen Antrags- und Förderverfahren, langwierigen Anmeldeverfahren, an fehlenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nicht zuletzt
- 10 kann der Job-Turbo dazu führen, dass notwendige Sprachkompetenzen nicht erlernt werden können, weil die Vermittlung in Arbeit vor die Sprachmittlung gestellt und nicht ausreichend gefördert wird, womit ein durch den demographischen Wandel bedingter Fachkräftebedarf nicht ausreichend gedeckt werden kann.
- 15
- 20 Die Arbeitsmarktstrategie 2025 – 2027 der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration ist unter anderem darauf angelegt, die Unterstützung benachteiligter Zielgruppen am Arbeitsmarkt wie Menschen mit Migrationsgeschichte mit der Fachkräftegewinnung und -sicherung zu verzahnen. Angesichts der oben geschilderten Herausforderungen, des riesigen Potenzials an Arbeitskräften im Land bei noch höherem Fachkräftebedarf ist dies zu begrüßen und zu befördern, um Lebensperspektiven bieten zu können.
- 25

In diesem Zusammenhang wird der Senat gebeten, alles zu tun, um die Sprachkurse wieder kostenfrei sicherzustellen, insbesondere:

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A01
--	-------------	------------

Zulassungsstopp zu Integrationskursen JETZT aufheben!

- 30 1) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Integrations- und Berufssprachkurse auch weiterhin für betroffene Berufsgruppen kostenfrei bzw. ohne Eigenbeteiligung zugänglich sind (Geflüchtete aus der Ukraine gem. §24 AufenthG, Menschen mit Aufenthaltserlaubnis nach §25 Abs. 5 Aufenth.G, Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung, Personen mit Ermessensduldung nach §60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG (z. B. Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung),
- 35 2) die Angebotszeiten von Sprachkursen, die heute bereits vom Land Bremen finanziert werden, dahingehend anzupassen, dass Menschen, die einer Sorgearbeit nachgehen diese auch besuchen können,
- 3) zu prüfen, ob und wenn ja, wie landesseitige Programme ausgebaut werden können, wenn Bundesangebote nicht ausreichen,

40

Menschen mit Fluchtgeschichte eine echte Perspektive bieten – Job-Booster zünden!

Freiwilliges Kompetenzscreening in Landeserstaufnahmestellen einführen

- 4) um Menschen mit Fluchtgeschichte schneller in den Arbeitsmarkt zu bringen, wird ein freiwilliges sogenanntes Kompetenzscreening z. B. in den Erstaufnahmestellen des Landes eingeführt, um Schul- und Berufsabschlüsse frühzeitig zu erfassen,
- 45

Optionale Fast-Lane für die Arbeitsmarktintegration einführen

- 5) eine „Fast-Lane“ für die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationsgeschichte anzubieten, die zügig am Arbeitsmarkt Fuß fassen möchten und dabei eine Priorität auf Frauen zu legen, da diese besonderes schwer in der Erwerbstätigkeit Fuß fassen,
- 50

Qualifizierung mit Fachkräftebedarf zu koppeln

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A01
--	-------------	------------

- 55 6) Branchenspezifische Qualifizierungsprogramme insbesondere für Mangelberufe in der
Pflege, Erziehung, Soziales, Handwerk, Industrie, Logistik und maritime Wirtschaft besser
zu verzahnen mit interessierten Personen,
- 7) Sprachkurse und berufliche Qualifizierung systematischer zu verzahnen,
- 8) Ausbildung zu stärken und Helfertätigkeiten reduzieren,
- 9) Lücken im Übergang von Helfertätigkeiten in Ausbildung und Fachqualifikation identifi-
zieren und Angebote zur Abhilfe entwickeln,
- 60 10) Betriebe zu berufsbegleitender Qualifizierung motivieren.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A02
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen:

Werftstandort Bremen sichern – Ausbildungsstandort zum Konstruktionsmechaniker/-in Schiffbau schaffen

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Stadt Bremen fordert den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Ausbildungsberuf „Konstruktionsmechaniker/-in Fachrichtung Schiffbau“ künftig vollständig in Bremen erlernt werden kann.

Hierzu soll der Senat insbesondere:

- 10 1. gemeinsam mit den in Bremen ansässigen Gewerkschaften, Werften, Yachtbauunternehmen sowie den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden im Land Bremen die Einführung und den Ausbau entsprechender Ausbildungsplätze vorantreiben,
2. in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer und der Arbeitnehmerkammer Bremen die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung der Ausbildung in Bremen schaffen,
- 15 3. ein Konzept zur Sicherung von Lehrkräften für die Ausbildung zum Konstruktionsmechaniker/-in Schiffbau zu erstellen, das Quereinstiege an berufsbildenden Schulen sowie berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst ermöglicht,
4. einen Berufsschulstandort in Bremen einrichten oder ausbauen, der die schulische Ausbildung im Bereich vollständig abdeckt,
- 20 5. sicherstellen, dass Auszubildende im Bootsbau ihre Ausbildung vollständig in Bremen absolvieren können und nicht auf Berufsschulstandorte in anderen Bundesländern angewiesen sind. Dabei sind die besonderen Bedarfe von Frauen zu berücksichtigen.
- 25 6. eine gezielte Ausbildungsinitiative für maritime Berufe auflegen, um jungen Menschen in Bremen den Zugang zu qualifizierten industriellen Ausbildungsberufen zu ermöglichen und den Fachkräftebedarf der maritimen Wirtschaft langfristig zu sichern.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A02
--	-------------	------------

Ziel ist es, Bremen als traditionsreichen Werft- und Industriestandort zu stärken und jungen Menschen eine hochwertige Ausbildung mit Zukunftsperspektive direkt vor Ort zu ermöglichen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A03
--	-------------	------------

Bildungscampus im Kämmerei-Quartier Blumenthal – Schlüsselprojekt für Bildung, Arbeit und Stadtentwicklung im Bremer Norden

Der Senat wird aufgefordert, sich für die vollständige und zügige Umsetzung des Bildungscampus Kämmerei-Quartier Blumenthal einzusetzen. Dazu soll eine verlässliche Finanzierung und

- 5 Priorisierung dieses Schlüsselprojekts gewährleistet werden.

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Einstieg in eine programmatische Diskussion über die Entwicklung einer solidarischen

5 **Altersversicherung**

Der Parteitag fordert die Bundespartei auf, in eine programmatische Diskussion über eine die Entwicklung einer solidarischen Altersversicherung einzusteigen. Als Vorbilder können erfolgreiche Modelle wie in der Schweiz und in Österreich dienen.

10 Ziel ist es, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln, in die alle Erwerbstätigen – einschließlich Selbstständiger, Beamter und Abgeordneter – einzahlen.

Im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms wird der Parteivorstand gebeten, einen Konzeptvorschlag zu entwickeln der unter anderem folgende Punkte umfasst:

1. Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung.
- 15 2. Anhebung des Rentenniveaus in Anlehnung an die erfolgreichen Modelle der Schweiz (AHV) und Österreich.
3. Solidarische Beitragsgestaltung, die auch sehr hohe Einkommen beitragspflichtig macht.
4. Langfristige Finanzierungssicherheit unter Berücksichtigung des demografischen Wandels.

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Rentenreform geschlechtergerecht umsetzen – Altersarmut von Frauen wirksam be-
kämpfen

Die Gremien der SPD auf Bundesebene werden aufgefordert, in den anstehenden Verhandlungen über Vorschläge für eine Rentenreform dafür Sorge zu tragen, dass eine strukturelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben ausgeglichen, und Altersarmut von Frauen wirksam verhindert werden kann. Die überwiegend von Frauen geleistete Sorgearbeit muss dabei eine Berücksichtigung finden.

Insbesondere sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Anerkennung von Sorge-Arbeit als rentenrechtliche Leistung ohne gesonderten Antrag und ohne Mindestzeiten in der Pflege
2. Einstieg in eine solidarische Altersversorgung sicherstellen, in dem alle Erwerbstätigen und alle Einkommensarten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

Eine wirksame Verhinderung von Altersarmut insbesondere bei Frauen ist nur dann erfolgreich, wenn eine Rentenreform durch ein umfassendes Paket zum Abbau struktureller Benachteiligung von Eltern, die Sorgearbeit leisten, flankiert wird. Darüber hinaus ist erforderlich, die mit der demographischen Entwicklung verbundene Verschlechterung des Verhältnisses von geleistetem Arbeitsvolumen und dem Umfang der Rentenleistungen anzugehen. Dies beinhaltet:

3. Gleichberechtigte Verteilung von Care-Arbeit (Kindererziehung und Pflege) systematisch befördern und eine verpflichtend paritätische Aufteilung der Elterngeldmonate einführen

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A05
--	-------------	------------

4. Eine stärkere Beteiligung des Bundes an einer verlässlichen Kinderbetreuung, um sowohl eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung zu schaffen und eine Erhöhung der Arbeitszeit sowohl für Frauen als auch für Männer zu ermöglichen
- 30 5. Sukzessive Überführung von Minijob-Sonderregelungen zugunsten voll rentenversicherungspflichtiger Beschäftigung
6. Abschaffung des Ehegattensplittings
7. Einführung einer garantierten Mindestrente
8. Langfristige Finanzierungssicherheit unter Berücksichtigung des demografischen
35 Wandels
9. Einrichtung staatlicher Beratungsstellen mit gezielter Rentenberatung für Frauen, die den Fokus auf die unterschiedlichen Erwerbsbiografien legt

Diese zusätzlichen Leistungen sind aus Bundesmitteln zu finanzieren.

Nachfolgelösung nach einer Schließung des Klinikums Links der Weser

Der SPD Unterbezirk Stadt Bremen spricht sich deshalb für ein innovatives, modernes kommunales medizinisches Primär- und Grundversorgungszentrum mit einem Notdienstpraxis als Nachfolgelösung des Klinikums Links der Weser aus.

- 5 Die medizinischen Leistungen sollen mit einem modellhaften Einsatz von medizinischen Assistenten (physician assistant, PH) verzahnt werden sowie mit Angeboten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Hebammenzentrum, der Verlagerung des Gesundheitspunktes, des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, der Einrichtung TippTapp, der Familienhebammen und den Gesundheitsfachkräften im Quartier).
- 10 Für die SPD sind folgende Forderungen für eine Nachfolgelösung unverzichtbar:
1. Das bisher von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz bisher entwickelte Nachnutzungskonzept, welches am 20.01.2026 in der zuständigen Deputation vorgestellt wurde, kann als ein Baustein in die Konzeption eines Primärversorgungszentrums fließen.
 - 15 2. Der Bedarf für das medizinische Primär- und Grundversorgungszentrum ist am medizinischen Versorgungsgrad des Bremer Südens auszurichten
 3. Das medizinische Primär- und Grundversorgungszentrum muss kommunal organisiert sein.
 4. Die bisherigen bestehenden Praxen in den Bereichen Pränatal-Medizin, Radiologie, 20 Kardiologie, Hals-Nasen-Ohrenheilkunde sowie die Apotheke sollen erhalten bleiben.
 5. Ergänzungen sind in den Bereichen der Augenheilkunde, operative und konservative Gynäkologie, Proktologie und Anästhesie notwendig.
 6. Der Erhalt und der Ausbau des Rehabilitationszentrums und der zukunftsorientierten Präventionsforschungseinrichtung ist zu sichern. Der Erhalt der bundesweit ausgezeichneten Palliativstation ist zu prüfen.
 - 25 7. Kassenarztsitze sind von der Kassenärztlichen Versorgung zu erwerben und am Standort Links der Weser anzusiedeln. Dies betrifft vor allem die haus- und kinder-/jugendärztliche sowie psychotherapeutische Versorgung.

- 30 8. Das medizinische Primär- und Grundversorgungszentrum ist mit einer Notdienstpraxis (ärztlicher Bereitschaftsdienst) auszustatten, die an 24 Stunden 7 Tage die Woche geöffnet ist. Ist dieser Vorschlag aus rechtlichen und gewünschten Rahmenbedingungen nicht umsetzbar, stellt ein Regionales Gesundheitszentrum (Bsp. Niedersachsen) mit Verankerung im Landeskrankenhausgesetz und der Planung in Bremen eine Alternative dar.
- 35 9. Fragen des Katastrophen- und Zivilschutzes für die Bevölkerung (Ausfallkrankenhaus) sind bei dem Konzept einzuarbeiten und zu klären.
10. Bei der Erarbeitung eines Nachnutzungskonzeptes sind die örtlichen Akteure sowie die Bevölkerung aktiv einzubeziehen. Nur so lassen sich bestmögliche Transparenz und Akzeptanz gewährleisten.
- 40 Jede weitere Planung muss auf Grundlage von belastbaren Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung beruhen. Dies bedeutet insbesondere die Entwicklung im Kinder- und Jugendbereich und bei älteren Menschen im Bremer Süden in den kommenden Jahren in den Blick zu nehmen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A07
--	-------------	------------

Bezahlbaren Wohnraum auf dem Rennbahngelände schaffen – soziale, ökologische und städtebauliche Entwicklung zusammen denken

Der SPD-Unterbezirk Stadt Bremen setzt sich dafür ein, auf dem ehemaligen Rennbahngelände in Bremen eine untergeordnete Bebauung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu prüfen, um die Umsetzungsmöglichkeiten der bisherigen Planungen für das Gelände zu stärken und gleichzeitig den sozialen, ökologischen und städtebaulichen Anforderungen der Stadtentwicklung gerecht zu werden.

Eine begrenzte Bebauung soll nur erfolgen, wenn folgende Rahmenbedingungen gesichert sind:

- Der Klimawald und die Renaturierung des Mittelkampfleets werden dauerhaft gesichert.
- 10 • Die „Draußenschule“ der Oberschule Sebaldsbrück bleibt erhalten und wird verstetigt.
- Die untergeordnete Bebauung der Fläche wird städtebaulich in die bisherigen Planungen integriert.
- Veräußerungserlöse werden ausschließlich für die Entwicklung des restlichen Geländes (Sport-, Freizeit- und Grünflächen) gemäß den bisherigen Planungen verwendet.
- 15 • Die Umsetzung der bedarfsorientierten Wohnbebauung für Familien, junge Menschen, Fachkräfte und ältere Bremerinnen und Bremer von Sozialwohnungen bis hin zu bezahlbaren Eigenheimen erfolgt in Verantwortung unserer kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

20 Der SPD-Unterbezirk Stadt Bremen fordert Senat und Bürgerschaft auf, als Zeichen der Ernsthaftigkeit der weiteren Umsetzung der vom Planungsbüro „West 8“ entwickelten Planungen den Zugang zum Gelände zu Fuß und mit dem Rad durch geeignete Querungen über die „Ludwig-Roselius-Allee“ und „Hinter dem Rennplatz“ kurzfristig zu verbessern sowie den Bau eines Spielplatzes zeitnah voranzutreiben.

Sport auf dem ehemaligen Rennbahngelände in Sebaldsbrück

Wir fordern den Senat und die zuständigen Ressorts auf:

- bei der (Neu-)Planung des Geländes möglichst nah am Entwurf des Büros West 8 zu bleiben und die angedachten Sportflächen im westlichen Teil des Geländes möglichst wie vorgesehen anzulegen,
- einen bereits in der Vergangenheit schon einmal avisierten Umzug des ATSV Sebaldsbrück auf das ehemalige Rennbahngelände zu unterstützen. Die dadurch freiwerdenden Flächen sollen vorrangig für den Wohnungsbau genutzt werden,
- die Einnahmen aus einem eventuellen Verkauf der derzeitigen Anlage des ATSV Sebaldsbrück sollen in Maßnahmen auf dem ehemaligen Rennbahngelände fließen, um die Umsetzung von Sport- und Erholungsflächen voranzubringen,
- auf dem Gelände eine Multifunktionshalle zu bauen.

CCS als Zukunftsstrategie – Häfen sichern, gute Arbeit schaffen, Klima schützen

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, die Carbon-Capture-and-Storage-Technologie (CCS) als zentrales Instrument einer sozialdemokratischen Industrie- und Klimapolitik voranzubringen und Bremen sowie Bremerhaven bundesweit als führende CCS-Drehscheibe zu etablieren, indem

- CCS als unverzichtbarer Baustein zur Erreichung der Klimaneutralität in der Landespolitik verbindlich verankert wird,
- Bremen und Bremerhaven gezielt als nationale Logistik- und Umschlagzentren für abgeschiedenes und verflüssigtes CO₂ aus industriellen Anlagen in ganz Deutschland sowie für dessen Weitertransport in maritime Speicherinfrastrukturen entwickelt werden,
- industrielle CCS-Anlagen, insbesondere das bundesweit erste Pilotprojekt der swb, aktiv unterstützt werden, insbesondere durch die Leistung des landesseitigen Eigenanteils im Rahmen der Förderprogramme des Bundes,
- Genehmigungs- und Planungsverfahren beschleunigt und durch eine lösungsorientierte Verwaltungspraxis begleitet werden,
- die örtliche Bevölkerung in die Planung und Errichtung solcher Anlagen frühzeitig eingebunden wird
- die Hafeninfrastruktur für CO₂-Verflüssigung, Zwischenlagerung und Verladung auf Seeschiffe gezielt ausgebaut wird,
- die wissenschaftliche Begleitung, Weiterentwicklung und Evaluation von CCS durch die Universität Bremen und weitere Forschungseinrichtungen systematisch gestärkt wird, insbesondere durch den Ausbau anwendungsnahe Forschung und den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die industrielle Praxis.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A10
--	-------------	------------

Gewässer als Wärmequelle nutzen – Großwärmepumpen für die Bremer Wärmewende erschließen

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, die Nutzung von Oberflächengewässern als Wärmequelle für Großwärmepumpen systematisch voranzubringen und diese Technologie als festen Bestandteil der Bremer Wärmewende zu etablieren, indem ...

- das Potenzial von Weser, Bremer Seen und Rückhaltebecken – insbesondere künstlich angelegter und tieferer Gewässer entlang von Autobahnen und Hauptverkehrsachsen – für die Wärmegewinnung durch Großwärmepumpen umfassend erfasst und bewertet wird,
- Pilotprojekte zur Versorgung angrenzender Wohngebiete, Sportanlagen, Vereinsgebäude und öffentlicher Einrichtungen über Anergie- bzw. Nahwärmenetze entwickelt und umgesetzt werden,
- die Nutzung von Gewässerwärme als strategischer Baustein in der kommunalen Wärmeplanung verbindlich verankert wird.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A11
--	-------------	------------

Deichsicherheit gewährleisten, Hochwasserschutz stärken:

Nutzung von Nachtzieltechnik bei der Jagd ermöglichen

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, die Nutzung von Nachtzieltechnik bei der Jagd im Land Bremen zu ermöglichen und hierfür eine klare rechtliche Grundlage zu schaffen, um insbesondere den Hochwasser- und Deichschutz wirksam zu stärken sowie Sicherheit, Natur- und Tierschutz zu verbessern, indem...

- die Verwendung von Nachtzielgeräten zur Jagd auf Schwarzwild, Raubwild sowie die invasiven Arten Waschbär, Marderhund und insbesondere Nutria im Rahmen der bestehenden jagd- und waffenrechtlichen Vorschriften ausdrücklich zugelassen wird,
- die Regulierung der stark anwachsenden Nutria-Population ausdrücklich als fester Bestandteil des Hochwasser- und Deichschutzes anerkannt und durch geeignete jagdliche Instrumente wirksam unterstützt wird,
- die Jagdbehörden beauftragt werden, verbindliche Informations- und Schulungsangebote für Jäger:innen bereitzustellen, um einen verantwortungsbewussten, sicheren und tierschutzgerechten Einsatz der Nachtzieltechnik sicherzustellen,
- ein strukturierter Dialog mit den großen Umweltverbänden, den Deichverbänden im Land Bremen sowie der Landesjägerschaft initiiert wird, um Ziele, Einsatzgrenzen und Kontrollmechanismen der Nachtzieltechnik transparent darzustellen, fachliche Expertise einzubeziehen und möglichen Missverständnissen frühzeitig vorzubeugen,
- die Bejagung invasiver, überwiegend nachtaktiver Arten gezielt gestärkt wird, um den Schutz einheimischer Arten, sensibler Lebensräume sowie besonders gefährdeter Rote-Liste-Arten zu verbessern und den Zielsetzungen der europäischen Regelungen zum Umgang mit invasiven gebietsfremden Arten gerecht zu werden,
- die Regelungen zum Einsatz von Nachtzieltechnik regelmäßig evaluiert und an neue wissenschaftliche Erkenntnisse sowie praktische Erfahrungen angepasst werden, um dauerhaft hohe Standards bei Sicherheit, Natur- und Tierschutz zu gewährleisten.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A12
--	-------------	------------

Freie Wohlfahrtspflege bei der Klimatransformation gezielt stärken

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Bundestagsabgeordneten auf, sich auf Bundesebene konsequent dafür einzusetzen, dass Klimaanpassungsmaßnahmen in der sozialen Infrastruktur der freien Wohlfahrtspflege als Teil aktiver Sozialpolitik verstanden und umgesetzt wird, indem...

- ein eigenständiges und auskömmlich ausgestattetes Bundesförderprogramm für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in der freien Wohlfahrtspflege auf den Weg gebracht wird,
- 10 • die besonderen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen gemeinnütziger Träger bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen ausdrücklich berücksichtigt werden,
- energetische Sanierungen, Maßnahmen zur klimaneutralen Wärmeversorgung sowie Maßnahmen zum Schutz vor Hitze- und Extremwetterereignissen in sozialen Einrichtungen gezielt gefördert werden,
- 15 • sichergestellt wird, dass notwendige Investitionen nicht zu höheren Eigenanteilen, Gebühren oder Entgelten für Bewohner:innen, Nutzer:innen oder Beschäftigte sozialer Einrichtungen führen,
- Klimaschutzmaßnahmen in der freien Wohlfahrtspflege als generationengerechte Zukunftsinvestitionen verstanden und so ausgestaltet werden, dass dauerhaft Betriebskosten gesenkt, soziale Angebote gesichert und öffentliche Haushalte entlastet werden,
- 20 • die Freie Wohlfahrtspflege als zentraler Akteur der sozialen Daseinsvorsorge frühzeitig und systematisch in die Konzeption bundesweiter Förderprogramme eingebunden wird.

Energie vom Acker: Agrothermie als Baustein für Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich für die systematische Entwicklung und den Einsatz von Agrothermie im Land Bremen einzusetzen, um die Wärmewende sozial gerecht voranzubringen, die regionale Wertschöpfung zu stärken, die Landwirtschaft als Partner der Energiewende zu sichern sowie die Versorgungssicherheit im Bereich Wärme und Lebensmittel zu stärken, indem

- die Wärmewende in Bremen auf einen vielfältigen Mix erneuerbarer Wärmequellen ausgerichtet wird, in dem Agrothermie insbesondere im ländlich geprägten Stadtraum eine wichtige Rolle spielt und verbindlich in der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt wird,
- das Potenzial landwirtschaftlicher Flächen im Land Bremen – insbesondere in agrarisch geprägten Stadtteilen wie Borgfeld, dem Blockland, Oberneuland, Strom und Seehausen – systematisch erfasst und bewertet wird,
- Pilot- und Demonstrationsprojekte zur Agrothermie gemeinsam mit landwirtschaftlichen Betrieben, energiewirtschaftlichen Akteuren, der Wohnungswirtschaft, der Landwirtschaftskammer und dem Bauernverband initiiert und gefördert werden,
- die Vereinbarkeit von Agrothermie mit einer dauerhaften landwirtschaftlichen Nutzung verbindlich sichergestellt wird, insbesondere im Hinblick auf Bodenqualität, Ertragssicherheit und langfristige Nutzungsperspektiven der Flächen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A14
--	-------------	------------

Versorgungssicherheit stärken: Energiesparen und intelligente Beleuchtung konsequent umsetzen

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, das Energiesparen im Bereich der öffentlichen Beleuchtung deutlich zu intensivieren und die öffentliche Hand konsequent als Vorbild für einen verantwortungsvollen, sparsamen und intelligenten Umgang mit Energie zu positionieren, indem...

- die öffentliche Beleuchtung im Land Bremen aufbauend auf der bereits laufenden LED-Umrüstung systematisch durch intelligente Steuerungs-, Dimm- und Nachtabsenkungssysteme ergänzt wird,
- verbindliche Standards zur Reduzierung von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum eingeführt werden, insbesondere durch insektenfreundliche Lichtfarben, gezielte Lichtlenkung sowie die Abschaltung nicht sicherheitsrelevanter Beleuchtung in den Nachtstunden,
- landeseigene und kommunale Gebäude und Liegenschaften ausdrücklich eine Vorbildfunktion übernehmen, indem unnötige Außen- und Fassadenbeleuchtung konsequent reduziert oder abgeschaltet wird und energiesparende Beleuchtungskonzepte verbindlich angewendet werden, Kriminalitätsbelastete Orte wie besondere Kontrollorte gem. BremPolG sowie sogenannte Angstorte (Wegebeleuchtung rund um öffentliche Sportanlagen u.a.) sind von den Einsparmaßnahmen auszunehmen. Im Zuge der Überprüfung von Einsparpotenzialen ist die Funktion der Beleuchtung zur Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens sowie der Kriminalprävention als Kriterium zu berücksichtigen
- Energieeinsparungen aus der öffentlichen Beleuchtung transparent erfasst, veröffentlicht und nachvollziehbar gemacht werden, um den Beitrag der öffentlichen Hand zur Versorgungssicherheit, zur Wärmewende und zur Stabilisierung der Energiepreise sichtbar zu machen,
- Investitionen in intelligente Beleuchtung als generationengerechte Zukunftsinvestitionen verstanden und haushaltspolitisch so ausgestaltet werden, dass dauerhaft

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A14
--	-------------	------------

30

Betriebskosten gesenkt, künftige Haushalte entlastet und finanzielle Spielräume für soziale und ökologische Aufgaben gesichert werden,

- Bremen durch vorausschauendes Handeln frühzeitig auf absehbare bundes- und europarechtliche Anforderungen im Bereich Energieeffizienz und Lichtemissionen vorbereitet wird und damit Planungssicherheit für Verwaltung und öffentliche Haushalte schafft.

Mehr Schatten für Kinder und Jugendliche- Klimagerechte Kita- und Schulhöfe sowie Spielplätze als sozialdemokratische Infrastrukturpolitik

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, den Schutz von Kindern und Ju-
5 gendlichen vor zunehmender Hitze als zentrales Handlungsfeld sozialdemokratischer Klima-, Bildungs- und Gesundheitspolitik voranzubringen und Kita- und Schulhöfe sowie öffentliche Spielplätze in Bremen systematisch klimaresilient weiterzuentwickeln, indem:

- ein landesweites Investitionsprogramm „Mehr Schatten für Kinder und Jugendliche“ zur klimafesten Gestaltung von Kita- und Schulhöfen sowie öffentlichen Spielplätzen aufge-
10 legt wird,
- Verschattung, Begrünung und Entsiegelung als verbindliche Standards bei der Sanie- rung, Umgestaltung und Neuanlage dieser Flächen verankert werden, insbesondere durch:
 - die Pflanzung klimaresilienter, großkroniger Bäume,
 - 15 ○ den Einsatz fester oder mobiler Verschattungselemente wie Sonnensegel, Pergo- len oder Überdachungen,
 - die Reduzierung versiegelter Flächen und den Einsatz hitzereduzierender Boden- beläge,
- Kita- und Schulhöfe gezielt als Aufenthalts-, Lern- und Bewegungsräume gestaltet wer-
20 den, die auch bei hohen Temperaturen sicher nutzbar bleiben,
- öffentliche Spielplätze so weiterentwickelt werden, dass Spiel-, Aufenthalts- und Rück- zugsbereiche wirksam vor Hitze geschützt sind,
- Standorte in dicht bebauten und sozial besonders belasteten Stadtquartieren prioritär berücksichtigt werden, um gesundheitliche Ungleichheiten nicht weiter zu verschärfen,
- 25 • Kinder und Jugendliche altersgerecht an Planung und Umsetzung beteiligt werden, wo dies sinnvoll und möglich ist,

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A15
--	-------------	------------

- das Investitionsprogramm gezielt als investive Maßnahme im Sinne des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes (LuKIFG) ausgestaltet und zur Finanzierung angemeldet wird.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A16
--	-------------	------------

Ernährung als Daseinsvorsorge stärken: Regionalen und saisonalen Anbau ausbauen

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich gemeinsam mit dem Land Niedersachsen für eine gezielte Stärkung des regionalen und saisonalen Anbaus von Gemüse, Obst und Hülsenfrüchten einzusetzen, um gesunde, bezahlbare und krisenfeste Ernährung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen, indem...

- der regionale und saisonale Anbau von Gemüse, Obst und Hülsenfrüchten in und um Bremen gezielt ausgebaut wird, um die Versorgung mit gesunden pflanzlichen Grundnahrungsmitteln für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern,
- Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Landwirtinnen und Landwirte gestärkt werden, damit regionale Produktion wirtschaftlich tragfähig bleibt und neue Einkommensperspektiven entstehen,
- Investitionen in regionale Produktions-, Lager- und Verarbeitungsstrukturen erleichtert werden, um Wertschöpfung in der Region zu halten und Arbeitsplätze zu sichern,
- der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen unterstützt wird, um kurze Wege, faire Preise für Erzeugerinnen und Erzeuger sowie bezahlbare Angebote für Verbraucherinnen und Verbraucher zu ermöglichen,
- regionale und saisonale Produkte systematisch in der öffentlichen Verpflegung (Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Kantinen) verankert werden, damit gesunde Ernährung unabhängig vom Einkommen zugänglich ist,
- die Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen intensiviert wird, um landwirtschaftliche Flächen für den regionalen Anbau zu sichern und auszubauen und damit die Grundlage für eine stabile Versorgung zu schaffen,
- ein Konzept zur Krisenfestigkeit der Versorgung mit pflanzlichen Grundnahrungsmitteln erarbeitet wird, das regionale Wertschöpfung stärkt, Preisschwankungen abfedert und soziale Härten vermeidet
- die Finanzierung der Maßnahmen sozial ausgewogen und verlässlich durch bestehende Förderprogramme von EU und Bund sowie durch Kooperationen abgesichert wird.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A17
--	-------------	------------

Ernährungssicherheit stärken: Kleingärten als Teil kommunaler Krisenvorsorge sichern

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, Kleingärten als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und der kommunalen Krisenvorsorge im Bereich Ernährung ausdrücklich anzuerkennen und dauerhaft zu sichern, indem...

5

- Kleingartenanlagen langfristig geschützt und erhalten werden und ihre Bedeutung für Selbstversorgung mit frischem Obst und Gemüse, soziale Teilhabe und Gesundheit stärker berücksichtigt wird,
- Kleingärten als resiliente, dezentrale Ergänzung der Lebensmittelversorgung in kommunalen Vorsorge- und Krisenkonzepten mitgedacht werden, ohne zusätzliche Belastungen oder Nutzungsvorgaben für die Pächterinnen und Pächter zu schaffen,
- die Infrastruktur und Nutzbarkeit der Kleingartengebiete gesichert wird, um ihre Funktion als Versorgungs-, Erholungs- und Begegnungsräume auch künftig zu gewährleisten,
- die Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Gartenfreunde gestärkt wird, insbesondere bei Fragen der Wissensvermittlung, Integration und Nachbarschaftsarbeit.

10

15

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A18
--	-------------	------------

Gute Ernährung für alle sichern: Regionales Qualitätssiegel Bremen–Niedersachsen einführen

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich für die Einführung eines gemeinsamen regionalen Qualitätssiegels mit dem Land Niedersachsen einzusetzen, um gute, gesunde und bezahlbare Ernährung für alle Menschen zu sichern, regionale Wertschöpfung zu stärken und der regionalen Landwirtschaft verlässliche Absatzperspektiven zu eröffnen, indem...

- mit dem Land Niedersachsen ein gemeinsames, länderübergreifendes regionales Qualitätssiegel entwickelt wird, das sich an bewährten Modellen wie dem Qualitätszeichen Baden-Württemberg oder Geprüfte Qualität – Bayern orientiert,
- das Qualitätssiegel so ausgestaltet wird, dass es EU-notifiziert ist und damit rechtssicher in öffentlichen Ausschreibungen – insbesondere für Kitas, Schulen, Hochschulen, Kantinen und Pflegeeinrichtungen – eingesetzt werden kann,
- klare und nachvollziehbare Kriterien zur regionalen Herkunft, zur Verarbeitung in der Region sowie zur Transparenz der Lieferketten festgelegt werden
- die Bedeutung kurzer regionaler Lieferketten und Lieferzeiten ausdrücklich berücksichtigt wird, um Klimaschutz, Krisenfestigkeit und stabile Preise für Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen
- landwirtschaftliche Betriebe, Verarbeitungsbetriebe, das Lebensmittelhandwerk, Verbrauchervertretungen sowie öffentliche Auftraggeber frühzeitig in die Entwicklung des Siegels eingebunden werden,
- das Qualitätssiegel gezielt genutzt wird, um regional erzeugte Lebensmittel (bio und herkömmliche) dauerhaft in der öffentlichen Verpflegung zu verankern und damit allen Kindern, Jugendlichen, Beschäftigten und Pflegebedürftigen den Zugang zu guter Ernährung unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A19
--	-------------	------------

Erhalt und Sicherung des hanseWasser-Hallenbades – Erhalt der Wasserzeiten für Schul- und Vereinssport

Der Parteitag des Unterbezirks Stadt Bremen bittet den Vorstand des UB Stadt Bremen, sicherzustellen, dass ausreichende Wasserflächen und nutzbarer Trainingszeiten speziell für Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen. Der UB-Vorstand möge sich weiter dafür einsetzen, dass Vereine und Schulen frühzeitig in die Entscheidungs- und Planungsprozesse eingebunden werden und so die Bedürfnisse dieser Akteure besser berücksichtigt werden. Der UB-Vorstand möge sich dafür einsetzen, dass das Hanse-Wasser-Bad bis zum Beginn von möglichen Umbaumaßnahmen nach Verkauf genutzt werden kann.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A20
--	-------------	------------

Den Verkehr mit Elektrokleinstfahrzeugen („E-Scooter“) in geordnete Bahnen lenken

Wir fordern den Senat und die Bürgerschaftsfraktion auf, sich für mehr Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität durch die Ordnung der Nutzung von E-Scootern einzusetzen.

- 5 Neben der Einrichtung fest definierter Abstellflächen mit Haltevorrichtungen, umfasst dies ein Verbot von E-Scootern in Naherholung - sowie Landschaftsschutzgebieten.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A21
--	-------------	------------

Parken in Quartieren erleichtern - Stellplatzpflicht für Wohnmobile einführen

Wir fordern den Senat und die Bürgerschaftsfraktion auf, sich für eine Stellplatzpflicht für Wohnmobile einzusetzen, um den Parkdruck in den Quartieren zu verringern, die barrierefreie Mobilität zu fördern und um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

- 5 Bei Neuanmeldungen von Wohnmobilen muss verpflichtend ein Stellplatz außerhalb des öffentlichen Straßenraums nachgewiesen werden. Dieser kann auf privatem Grund sein, oder auf einem gewerblichen Stellplatz. Für bereits angemeldete Wohnmobile muss innerhalb von zwei Jahren nach Beschluss der Bürgerschaft ein Stellplatz nachgewiesen werden.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A22
--	-------------	------------

Tempo 30 für Mensch und Umwelt

Wir fordern den Senat und die Bürgerschaftsfraktion auf, sich zur Förderung von Fuß- und Radverkehr sowie zur Herstellung von mehr Verkehrssicherheit und ruhigeren Quartieren, in denen sich alle Menschen von jung bis alt sicher bewegen und aufhalten können, für eine deutliche
5 Ausweitung von Tempo 30-Zonen einzusetzen. Dabei soll die lokale Expertise der Beiräte maßgeblich berücksichtigt werden.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A23
--	-------------	------------

Barrierefreie Teilhabe sicherstellen –

Fehlende Behindertentoiletten umgehend beheben

Der SPD-Unterbezirk Stadt Bremen fordert den Senat sowie die zuständigen Stellen auf, die flächendeckende Bereitstellung barrierefreier und öffentlich zugänglicher Behindertentoiletten im Stadtgebiet inclusive Bremen-Nord unverzüglich zu prüfen und bestehende Versorgungslücken kurzfristig zu schließen. Ergänzt werden soll das Angebot in der Innenstadt durch mindestens einen speziell ausgestatteten, barrierefreien Sanitärraum für Menschen mit schweren oder mehrfachen Behinderungen, der über eine höhenverstellbare Pflegeliege und einem Personenlifter verfügt, eine sogenannten „Toilette für Alle“, sowie am Bahnhof Vegesack. Die hier genannten Toiletten müssen 24/7 zugänglich sein.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A24
--	-------------	------------

Perspektivischer Ausbau von „AI Watch“ in Bremer Straßenbahnen

Die SPD Stadt Bremen unterstützt die Einführung des KI-gestützten Sicherheitssystems „AI Watch“ in den Straßenbahnen der Bremer Straßenbahn AG. (BSAG). Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch alle Straßenbahnen der BSAG damit ausgestattet werden, um die Sicherheit
5 im Nahverkehr zu erhöhen und das Vertrauen der FahrgästInnen zu stärken.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A25
--	-------------	------------

Queersensible Polizeiarbeit stärken – Vollzeitstelle der Queerbeauftragten der Bremer Polizei sichern und geschützte Anzeigenaufnahme ausbauen

1. Die SPD Stadt Bremen begrüßt ausdrücklich, dass die Stelle der Queer-Beauftragten bei der Bremer Polizei zu einer Vollzeitstelle ausgebaut wurde.
- 5 2. Die SPD Stadt-Bremen setzt sich dafür ein, dass diese Vollzeitstelle dauerhaft finanziell abgesichert, strukturell fest verankert, entfristet und bedarfsgerecht weiterentwickelt wird.
3. Die SPD Stadt Bremen begrüßt die Einrichtung einer geschützten, queersensiblen Anzeigenaufnahme bei der Polizei Bremen ausdrücklich.
- 10 Die SPD Stadt Bremen setzt sich dafür ein,
 - dieses Angebot dauerhaft zu sichern,
 - personell und organisatorisch auszubauen,
 - die zeitliche Verfügbarkeit perspektivisch zu erweitern und
 - die Bekanntheit des Angebots in der queeren Community aktiv zu stärken.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A26
--	-------------	------------

Der Landesparteitag Bremen möge beschließen:

Einhaltung des Aufnahmeversprechens gegenüber Ortskräften aus Afghanistan

5 Die SPD Bremen fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf dafür zu sorgen, dass alle Afghanen und Afghaninnen in Deutschland aufgenommen werden, die zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme von Union und SPD mit einer Aufnahmezusage in Pakistan lebten.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A27
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Die Weichen für die Zukunft stellen –

5 Trennung von Parteivorsitz und Regierungsämtern

Der § 23 des Organisationsstatuts der SPD wird Absatz (1) wie folgt ergänzt:

Vorsitzende gemäß Absatz (1) a) dürfen nicht Fraktionsvorsitzende im Bundestag, in einem Landtag, im Europäischen Parlament oder Mitglieder der Bundesregierung, einer Landesregierung oder der Europäischen Kommission sein. Erlangen Vorsitzende gemäß Absatz (1) a) ein sol-

10 ches Amt, ist der Vorsitz schnellstmöglich niederzulegen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A28
--	-------------	------------

Das Tor zur Stadt neugestalten: Ein Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) für die Bahnhofsvorstadt!

5 Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Stadt Bremen fordert den Senat auf, die Erstellung eines Integrierten Entwicklungskonzepts (IEK) für die Bahnhofsvorstadt zeitnah zu initiieren.

Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, muss das IEK als räumliche und funktionale Einheit geplant werden. Das Betrachtungsgebiet muss daher mindestens den ganzen Ortsteil Bahnhofsvorstadt umfassen.

10 Das Ziel ist es, das Quartier zu einem Ort zu machen, an dem Menschen gerne leben, arbeiten und verweilen. Der SPD-Unterbezirk Stadt Bremen setzt sich deshalb für eine umfassende Aufwertung ein, die Wohnqualität, Vielfalt und Attraktivität in den Mittelpunkt stellt.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A29
--	-------------	------------

Mit uns zieht die neue Zeit: Für eine attraktive Lloyd Passage nach Abriss- und Bauphase in der Bremer Innenstadt

Der SPD-Unterbezirk Stadt Bremen fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, sich mit der Interessengemeinschaft Lloyd Passage und der BRESTADT mit dem Ziel ins Benehmen zu setzen, nach der Abriss- und Bauphase des Parkhauses Mitte und des Horten-Gebäudes die Funktionalität einer attraktive Lloyd Passage vorzuhalten.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A31
--	-------------	------------

Ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit hausärztlichem Schwerpunkt an das Klinikum Bremen-Nord!

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, die im Haushaltsentwurf 2026/2027 vorgesehenen Mittel für Medizinische Versorgungszentren dafür einzusetzen, dass
5 im prekär unterversorgten Bremen- Nord zeitnah ein hausärztliches Medizinisches Versorgungszentrum - nach dem Gröpelinger Modell - unter Einschluss einer kinderärztlichen Versorgung, in kommunaler Trägerschaft eingerichtet wird.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A32
--	-------------	------------

Fähre und Neue Strandlust per ÖPNV erschließen!

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wird aufgefordert, die Busverbindungen in Vegesack durch die Verlängerung einer Buslinie zur Vegesacker Fähre deutlich zu verbessern und durch diese einfache Maßnahme den ÖPNV vor Ort nachhaltig attraktiver zu machen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A33
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen:

Aufstellung einer „Orangenen Bank“ gegen Gewalt an Frauen im Stadtteil

5 Der Senat möge sich dafür einsetzen, dass in jedem Stadtteil von Bremen mindestens eine Parkbank als „Orangene Bank“ aufgestellt wird. Die Bank soll gut sichtbar im öffentlichen Raum platziert werden und als Zeichen gegen Gewalt an Frauen dienen. Die Bank soll zudem mit einem QR-Code versehen werden, der direkt auf Informations- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen verweist.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A34
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr: Lade- und Notfallmöglichkeiten an Haltestellen schaffen

- 5 Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Bremer Straßenbahn AG dafür einzusetzen, dass ein Pilotprojekt für öffentliche Handy- Lademöglichkeiten an ausgewählten Haltestellen des ÖPNV einzurichten ist.

Das Pilotprojekt soll insbesondere an stark frequentierten Haltestellen sowie an Haltestellen mit hoher Nutzung in den Abend- und Nachtstunden umgesetzt werden.

- 10 Dabei sollen folgende Maßnahmen geprüft und umgesetzt werden:

- Installation von USB-Ladeanschlüssen oder induktiven Ladeflächen in Wartehäuschen
 - Kombination mit Notrufmöglichkeiten oder direkten Kontaktmöglichkeiten zur Leitstelle
 - verbesserte Beleuchtung und gut sichtbare Hinweise auf Notfall- und Hilfsangebote
- 15 • Information über Hilfsangebote bei Gewalt gegen Frauen

Die SPD- Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, gemeinsam mit der BSAG zu prüfen, ob die Ladepunkte schrittweise auf weitere Haltestellen im Stadtgebiet ausgeweitet werden können.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A35
--	-------------	------------

Filiale der Stadtbibliothek in Kattenturm

Der UB Stadt Bremen bekräftigt seinen Beschluss aus 2024, in Kattenturm-Mitte eine Filiale der Stadtbibliothek im Rahmen des IEK zu etablieren.

Der Senator für Kultur wird aufgefordert, endlich mit der Planung und Umsetzung zu beginnen
5 und die finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Bis zur Umsetzung schlägt der Unterbezirk Stadt Bremen vor, als Zwischenlösung eine Pop-up-Stadtteilbibliothek zu eröffnen, damit der Stadtteil nicht länger unterversorgt ist.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A36
--	-------------	------------

Neuen Herausforderungen im Zivilschutz auf der linken Weserseite kreativ begegnen

Der SPD Unterbezirk Stadt Bremen fordert den Senat auf zu überprüfen, wie der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz für den Bremer Süden und seine Bevölkerung weiter optimiert werden kann. Hierzu sind die Möglichkeiten eventueller Veränderungen am Klinikum links der Weser in
5 die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A38
--	-------------	------------

Anbringung von Notfallschildern an städtischen Sitzbänken

Der Senat wird aufgefordert, die Sitzbänke im Bremer Stadtgebiet mit sogenannten Notfallschildern auszustatten. Hierzu sind die Sitzbänke im Stadtgebiet zu erfassen, zu nummerieren und ihre genauen Standorte den Rettungsleitstellen zu übermitteln. Die Bänke werden mit Notfallschildern versehen, die die jeweilige Sitzbanknummer sowie gegebenenfalls weitere sachdienliche Informationen enthalten.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A39
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verbesserung des ÖPNVs in Burglesum

Eine soziale, nachhaltige und barrierefreie Mobilität ist für alle Gesellschaftsschichten essenziell.

5 Der ÖPNV ist gegenüber dem mobilen Individualverkehr in Burglesum noch immer im Nachteil und stellt nur eine bedingte Alternative dar.

Neben den sozialen Aspekten hat auch der Bundesgerichtshof ein zentrales Urteil im Januar 2026 gefällt, welches die Bundesregierung zu Sofortmaßnahmen verpflichtet, da die Klimaziele im Verkehrssektor nicht eingehalten werden. Das ist auch eine kommunale Aufgabe.

10 In diesem Antrag soll a) eine Verbesserung der Busanbindung sowie b) Eine Weiterentwicklung des Bahnhofs Burg zu einer Mobilitätsdrehscheibe beschlossen werden.

a) Es soll eine Machbarkeitsstudie in Abstimmung der BSAG erfolgen, wie viele Haushalte einen größeren Abstand von mindestens 400m zu einer Bushaltestelle ausweisen. Der Schwellwert, definiert durch einen barrierefreien Baustandard im ÖPNV-Ausbau im städtischen Gebiet, dient
15 zu der Qualitätssteigerung eines barrierearmen ÖPNV. Gleichzeitig soll in dieser Machbarkeitsstudie Wegebeziehungen (Start / Ziele) der Anwohner sowie eine erforderliche Taktung untersucht werden.

Um Pendlerströme aus den umliegenden Gemeinden zu reduzieren, müssen diese besser an das Netz der BSAG angeschlossen werden. Der Unterbezirksparteitag fordert daher eine Verlängerung
20 der Linie 93 oder 94 über die Stader Landstraße bis nach Ritterhude. Dabei soll auch die Schaffung einer Haltestelle auf Höhe der SG Marßel geprüft werden. Des Weiteren fordern wir die umsteigefreie Busanbindung des Bremer Industrieparks an den Bremer Norden

b) Der Bahnhof Burg soll durch die Erweiterung der Straßenbahnlinie bis ebendort, einen zusätzlichen Halt der RE 8 und RE 9, dem Ausbau des P+R-Parkhauses sowie einem erweiterten Angebot von Sharing-Modellen (Car-Sharing, Bike-Sharing etc.) zu einer Mobilitätsdrehscheibe weiterentwickelt werden, die als „Tor“ nach Bremen-Nord dient.
25

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A40
--	-------------	------------

Altes Ortsamt in Lesum im alten Glanz

Die Bürgerinnen und Bürger in Burglesum wollen keinen Leerstand in ihrem Zentrum, deswegen machen wir einen neuen Vorschlag:

5 Das Ortsamt soll in das alte Ortsamt einziehen, zusammen mit den für den Stadtteil zuständigen Kontaktpolizistinnen und -Polizisten. Hierfür soll der vordere Teil des alten Ortsamtes, analog den gescheiterten Plänen eines privaten Investors, renoviert und für diese Zwecke hergerichtet werden. Hierbei soll vor allem darauf geachtet werden, dass für den Beirat und die Öffentlichkeit ein geeigneter Tagungsraum geschaffen wird.

10 Der Anbau soll verkauft werden, um Platz für Wohnbebauung, zu machen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Fläche soll zur Refinanzierung der geplanten Sanierungsmaßnahmen genutzt werden. Hierbei soll vor allem darauf geachtet werden, dass für die Sitzungen des Beirates ein Tagungsraum geschaffen wird.

So schaffen wir einen zentralen Ort für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Stadtteil mit Ortsamt und Polizei.

Supermarkt, Tankstelle, Zug nach Sylt – Krisenentlastung kann so einfach sein!

Der Angriff der USA auf Iran hat den lange befürchteten Flächenbrand in Nahost entfacht. Die unzähligen Toten und Verletzten, das Wanken einer gesamten Region haben gravierende Folgen – nicht nur für die Menschen vor Ort, sondern weltweit und auch in Deutschland. Die Schließung der Straße von Hormus spürt jede*r, der*die zurzeit tankt unmittelbar im eigenen Geldbeutel.

Die bereits bestehenden hohen Mieten in vielen Teilen Deutschlands und die über die letzten Jahre deutlich gestiegenen Lebensmittelpreise belasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen massiv. Ein angespannter Arbeitsmarkt und der Sozialabbau liefern keinen Grund für einen positiven Blick in die Zukunft. Nun drohen weitere gravierende Mehrbelastungen. Laut dem statistischen Bundesamt stieg die Inflationsrate gegenüber dem Vorjahr im März auf 2,7 %, während Wirtschaftsexpert*innen ihre Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft einstampfen.

Im Krisenfall trägt der Staat die Verantwortung, für Entlastung bei den Bürger*innen zu sorgen. Außer einer kontraproduktiven Spritpreisregelung und einer Menge heißer Luft findet die schwarz-rote Koalition aber keine Antworten, obwohl längst Lösungsvorschläge auf dem Tisch liegen. Während die aktuelle Ölkrise die geopolitische Abhängigkeit von fossilen Energieträgern erneut knallhart zeigt, wird der Ausbau erneuerbarer Energien infrage gestellt. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche setzt stattdessen weiter auf Gasheizung und Verbrennungsmotor.

Doch gerade jetzt ist Handeln gefragt: Wenn politische Entscheidungsträger*innen keine Antworten auf Probleme bieten, sinkt das Vertrauen in die Funktion unseres demokratischen Staates. Es braucht Maßnahmen, die alle direkt in ihren Geldbeuteln spüren und die zum Teil schon in der letzten Energiekrise nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine erfolgreich umgesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- die dauerhafte Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets, damit Zugfahrten eine echte Alternative zum Auto werden und der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität gelingt; parallel dazu müssen die Investitionen in Schienennetz und Personal konsequent umgesetzt werden, damit eine höhere Taktung bei besserer Zuverlässigkeit erzielt wird,
- eine Übergewinnsteuer auf Krisengewinne (z. B. die der Mineralölkonzerne) und eine Abschaffung des Dienstwagenprivilegs zur Gegenfinanzierung des 9-Euro-Tickets,
- einer konsequenten kartellrechtlichen Ahndung von Abzocke; insbesondere dann, wenn sich Markt- und Verbraucherpreise zugunsten der Konzerne voneinander entfernen,
- die Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf 0 % bzw. 7 %, was eine spürbare Entlastung bei Haushalten mit geringem Einkommen bedeutet, da diese bedeutende Teile des verfügbaren Geldes für Lebensmittel ausgeben, der Einnahmeausfall soll durch eine Reform von Vermögens-, Erbschafts- und Einkommenssteuer ausgeglichen werden,
- den konsequenten und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und das Vortreiben der klimaneutralen Transformation der Industrie, um zukünftige Krisen vorzubeugen und attraktive Standortbedingungen für gute Arbeit zu schaffen.

Kinder- und Jugendarbeit ist Teamarbeit: Für eine ressortübergreifende Finanzierung von Farmen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senator:innen für Jugend, Kinder und Bildung sollen sich dafür einsetzen, dass für die Finanzierung der Kinder- und Jugendfarmen ein gemeinsamer Topf außerhalb der OKJA-Finanzierung eingerichtet wird. Dieser soll von den Ressorts Jugend, Kinder und Bildung sowie Umwelt gemeinsam getragen werden. Eine Umsetzung ist in Anbetracht der Dringlichkeit durch die Neuordnung der OKJA-Finanzierung schnellstmöglich bis zum nächsten Jahr anzustreben.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion soll sich bei den kommenden Haushaltsberatungen für eine auskömmliche institutionelle Finanzierung der Kinder- und Jugendfarmen einsetzen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A30
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

**Spielkreise retten – Strukturen stärken: Zentralisierung über KiTa-Einstiegshäuser jetzt
konsequent umsetzen**

Der Senat wird aufgefordert, nach dem Gröpelinger Modell

- 5 1. ... alle bestehenden Spielkreise durch strukturelle Einbringung in KiTa- Einstiegshäuser zu erhalten,
2. eine verbindliche Zentralisierung der Koordination auf Stadtteilebene einzuführen,
3. ein sozialräumliches Monitoring zur Erfassung aller Kinder, die nicht in einer KiTa angemeldet sind, einzurichten,
- 10 4. eine dauerhafte Haushaltsabsicherung der Einstiegshaus-Struktur zu gewährleisten,
5. eine verpflichtende Kooperation mit Quartiersmanagement und Gesundheitsdiensten auf Stadtteilebene einzugehen.

BESCHLUSS DES UNTERBEZIRKSPARTEITAGES STADT BREMEN VOM 11. APRIL 2026	2026	A41
--	-------------	------------

Verbesserung der Bremerhavener Heerstr. in Burglesum

Dieser Antrag soll mit einem starken Mandat aus dem Ortsverein Burglesum in den Unterbezirk Stadt Bremen eingebracht werden, um Mittel für folgende Maßnahmen über den Bremer Stadthaushalt zu generieren.

5 Mittelbeschaffung für Beauftragung einer Machbarkeitsuntersuchung inkl. Kostenprognose für:

- Begrünung der Bremerhavener Heerstraße inkl. Erneuerung der Gehwege (Prüfung von Fördermaßnahmen)
- Kaufpreisermittlung von Leerstandimmobilien zur Förderung von mietfreien Flächen
- 10 für Jungunternehmer („Start-Up's“) für Einzelhandel, Büros und Gastro
- Aufzeigen der vorhandenen Nahversorgung
- Umbau von Bestandsimmobilien zu barrierearmen Mehrgenerationshäusern (z.B. Spielbank, Apotheke, etc.)
- Verbesserung des ÖPNV und Reduzierung des Autoverkehrs (Veränderung der Fahr-
- 15 bahn in Pflasterstein) zur besseren Querung der Straße (Fußgänger hat Vorrang).
- Nutzungskonzept für den Goldbergplatz inkl. Außengastro und Wochenmarkt
- Das Quartier soll aktiv in Bremen (Nord) beworben werden, um eine Attraktivitätssteigerung zu erzielen. Diese Straße ist ein attraktiver Wohnort!
- Hierfür soll mit dem Nutzungskonzept aktiv Investoren und junge Anwohner für PPP-
- 20 Projekte gewonnen werden. Das kann z.B. auch die Brebau sein.
- Verbot des Schwerlastverkehrs auf dem gesamten Heerstraßenzug.

Die Bremerhavener Heerstraße stellt in dem Ortteilteil Burglesum - neben dem historischen Ortskern Lesum - den wichtigsten Stadtbaustein. Sie dient einerseits als Verbindungsstraße zu den Gemeinden in Niedersachsen, der BAB A 27 / A270 und stellt mit der Kreuzung zu der Stader

25 Landstr. / Hindenburgstraße „Stadtlondon“ (Verbindung zu Marßel und Lesum) die meistgenutzte Transferachse im Ortsverein.